

# RWE untergräbt Kohle-Kompromiss

Widerwillig hatten Umweltverbände vor drei Wochen dem Kompromiss in der Kohlekommission zugestimmt. Doch das Land NRW fällt dem Gremium jetzt in den Rücken – und der Energiekonzern RWE baggert unvermindert weiter

3



Goliath gegen David: Fünf Dörfer am Rande von Garzweiler sollen dem Erdboden gleichgemacht werden. Die Bewohner fühlen sich von der Landesregierung im Stich gelassen Foto: Dieter Klein/laif

## VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Nichts ist erhebender, als den politischen Gegner im Dreck wühlen zu sehen. Wenn sein Stolz gebrochen wird, weil seine ruchlosen Sabotageaktionen auffliegen und so das eigene Habichdohimmergesagt spielerisch, ohne die Mühe kohärenter Argumentationslinien bestätigt wird. Aber leider, lieber Jan Fleischhauer und lieber *Focus Online*, leider war der „Autonome“ im Video, der mit einer Fußpumpe Dieselabgase abgezapft und später ein Frankfurter Feinstaubmessgerät damit bestäubt hatte, um die Autolobby zu bekämpfen, nichts anderes als

Fake, Fake, Fake.

Kommentar von Anett Selle zum Streit um Kohleabbau und Hambacher Forst

## War da was?

In den Dörfern am Tagebau Garzweiler haben 43 Prozent der Menschen ihr Land noch nicht verkauft. Dieses Land möchte RWE haben. Obwohl aus dem Kohlekompromiss wie aus Studien hervorgeht, dass die Kohle darunter nicht mehr gebraucht wird. Denn um Kohle allein geht es nicht mehr: Für den Strukturwandel in der Region wird viel Fläche benötigt, und die ist knapp. Wer Fläche besitzt, hat langfristig politischen Einfluss. Schon heute sprechen viele Kommunen von RWE als „starkem Partner“.

Die Dörfer tun sich mit den Aktivist\*innen aus dem Hambacher Forst zusammen und warten auf die Politik. Doch die arbeitet ihre eigene Agenda ab. „Über 1.500 Polizeieinsätze“, so verkündet der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (CDU) kürzlich in einem Bericht, habe es im Zusammenhang mit der „gewalt- und zerstörungsaffinen Straftätergruppe“ am Hambacher

Forst gegeben – nur zwischen Oktober 2018 und Januar 2019.

Das Problem: Unter diesen Einsätzen, die Reul allesamt der „außergewöhnlichen Lage“ zuordnet, finden sich alle Einsätze, die die Polizei in den umliegenden Ortschaften hatte. Egal weshalb. Verkehrsunfälle. Streifenfahrten. Auch solche mit einer Dauer von je einer Minute. Die Einsätze, die tatsächlich im Zusammenhang mit den Aktivist\*innen stehen, sind extra gekennzeichnet. Es sind 56. Von den 616 in der Tabelle überhaupt aufgezählten Punkten sind 479 Streifenfahrten. Nach ähnlichem Prinzip löst sich die zweite Tabelle in Luft auf, mit der Reul „1.674 Straftaten“ in vier Jahren „belegen“ wollte.

Es ist kein Geheimnis, dass Reul einen zweiten Großeinsatz will. Den wollte er schon im Januar. Alles war organisiert, der geplante Start wenige Tage entfernt. Dann wurde der Einsatz kurz-

fristig abgesagt. Um seinen Plan nun doch noch durchzubekommen – trotz zu erwartender erneuter Kritik von Polizeigewerkschaften und betroffenen Kommunen –, baut Reul ein Bedrohungsszenario mit manipulierten Statistiken. Politische Lösungen? Haha.

Der politische Konflikt rund um Wald und Dörfer soll erneut auf die Polizeikräfte abgewälzt werden. Um wieder Millionen an Steuern auszugeben, wieder Tausende Beamt\*innen zum Teil Tage am Stück in Zwölf-Stunden-Schichten zu verheizen; so knapp eingeteilt, dass sie keine Zeit haben für den Weg zu den Dixi-Klos fernab, sondern in Büsche machen müssen. Und das an einem Ort, an dem sie jeden Tag das Unverständnis der Bürger\*innen abbekommen, die Wut und den Frust, die sich eigentlich gegen die politisch Verantwortlichen richten. So geht Regieren in NRW.

3, 9

**Teure Superidee**  
Die Schwedin Elin Ersson hatte im Sommer einen Abschiebeflug blockiert. Jetzt wurde sie verurteilt



Foto: dpa

**Romantische Scheißidee**  
Endlich mal die Dinge selbst in die Hand nehmen, etwas bewegen, zerstören! Der Traum der Revolution ist groß und mächtig. Ein Blick nach Frankreich zu den Gelbwesten jedoch zeigt, wohin das führen kann

13

#BlasebalgLeaks  
von Paula Troxler



taz.de/blasebalg

Die taz wird ermöglicht durch

**18.701**

GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter [geno@taz.de](mailto:geno@taz.de) oder 030 | 25 90 22 13

Aboservice: 030 | 25 90 25 90  
fax 030 | 25 90 26 80  
[abomail@taz.de](mailto:abomail@taz.de)

Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325  
[anzeigen@taz.de](mailto:anzeigen@taz.de)

Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22  
[kleinanz@taz.de](mailto:kleinanz@taz.de)

taz Shop: 030 | 25 90 21 38

Redaktion: 030 | 259 02-0  
fax 030 | 251 51 30, [briefe@taz.de](mailto:briefe@taz.de)

taz  
Postfach 610229, 10923 Berlin  
[twitter.com/tazgezwitscher](https://twitter.com/tazgezwitscher)  
[facebook.com/taz.kommune](https://facebook.com/taz.kommune)

[www.taz.de](http://www.taz.de)

Ausgabe Berlin  
Nr. 11862  
€ 2,30 Ausland  
€ 1,80 Deutschland

4 190254 801808

20608